

Inge Heilweck-Backes

## Arbeitslosigkeit und politische Teilhabe

*Arbeitslosigkeit führt häufig in die passive Resignation und ist mit dem Rückzug aus politischen Willensbildungsprozessen verbunden*

Arbeit ist eine wesentliche, wenn nicht gar die Voraussetzung für gesellschaftliche Integration. Arbeit an sich hat unabhängig von Geldeinkommen und Konsummöglichkeiten eine soziale Inklusionswirkung, die durch Arbeitslosigkeit gefährdet wird. „Was fehlt, wenn Arbeit fehlt“ ist die klassische Frage der psychosozialen Arbeitslosenforschung seit der Marienthal-Studie, die in den 1930er-Jahren die Auswirkungen der Arbeitslosigkeit in einem österreichischen Dorf durch die Schließung einer Textilfabrik beschrieb.<sup>1</sup> Der Verlust der raumzeitlichen Strukturierung des Alltags der aus der Arbeitswelt herrührenden Kommunikations- und Beziehungsstrukturen und der damit verbundenen Ankennung und Selbstwertschätzung beendet auch die Sinnhaftigkeit, die mit der Arbeit einhergeht. Was auf langanhaltende Arbeitslosigkeit folgt, sind häufig psychosomatische Beschwerden der Betroffenen und die Gefahr gesellschaftlicher Abwertung und Ausgrenzung. Bereits die Marienthal-Studie zeigte im Hauptergebnis, „dass Arbeitslosigkeit nicht (wie bis dahin meist erwartet) zur aktiven Revolution, sondern vielmehr zur passiven Resignation führt“<sup>2</sup>. Sie ist einer der stärksten Faktoren beim Rückzug eines erheblichen Teils der deutschen Bevölkerung aus den politischen Willensbildungsprozessen. Besonders deutlich zeigt sich dies bei der Wahlbeteiligung.<sup>3</sup>

### Arbeitslosigkeit beeinflusst die Wahlbeteiligung

Beim Thema Arbeitslosigkeit denkt man nicht in erster Linie an Stuttgart. 2013 waren 18 006 Personen arbeitslos, das entspricht einer Arbeitslosenquote bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen von 5,9 Prozent. Auch deutschlandweit hat die anhaltend gute Wirtschaftskonjunktur für einen relativ niedrigen Bestand an Arbeitslosen gesorgt. Seit 2011 liegt die Arbeitslosenzahl erstmals seit zwanzig Jahren wieder unter drei Millionen, die Arbeitslosenquote 2013 bei 6,9 Prozent.<sup>4</sup>

Das ist jedoch nur ein Aspekt von Arbeitslosigkeit, denn der Sockel an Langzeitarbeitslosen in Stuttgart ist mit durchschnittlich 5560 Personen in den letzten fünf Jahren hoch und erhöhte sich von 2012 auf 2013 um 25 Prozent auf 6750 Personen. Je die Hälfte der Langzeitarbeitslosen sind 12 bis 24 Monate und länger als zwei Jahre arbeitslos.

Arbeitslose bilden keinesfalls eine homogene Gruppe von Exkludierten und Außenstehern, Arbeitsmarktfernen und Langzeitarbeitslosen. So hängt das Arbeitslosigkeitsrisiko einer Person stark von ihrem Bildungs- und Ausbildungsabschluss ab. Hinter der Arbeitslosenquote verbergen sich enorme Unterschiede in den einzelnen Qualifikationsgruppen: Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) berechnete für 2012<sup>5</sup> eine Akademiker-Arbeitslosenquote von 2,5 Prozent, für Fachkräfte mit Berufsbeziehungsweise Fachschulabschluss eine Quote von 5,0 Prozent. Unter den Geringqualifizierten und Personen ohne Berufsabschluss war jedoch nahezu jeder Fünfte arbeitslos. Ein altbekannter Befund aus der Armutsforschung ist die Tatsache, dass sich schlechte schulische Bildung und fehlende Ausbildungsabschlüsse von Menschen aus Leistungsbezieherhaushalten teilweise von den Eltern auf die Kinder „vererben“. Der überproportionale Anteil von „Bildungsverlierern“ unter den Grundversicherungsempfängern sowie die Auswirkungen der Konsumeinschränkungen in

*Trotz niedriger Arbeitslosenquoten in Stuttgart ...*

*... steigende Zahl an Langzeitarbeitslosen*

*Risiko der Arbeitslosigkeit ist stark vom Bildungs- und Ausbildungsniveau abhängig*

*Forschungsstudie stellt ausreichenden Leistungsbezug für sozio-kulturelle Teilhabe in Frage*

Bezug auf die sozial erwarteten Aktivitäten um Schule und Freizeit rücken von Neuem in den Fokus der Forschung. So zweifelt zum Beispiel das IAB in einer aktuellen Analyse über Konsummuster und Konsumarmut von SGB-II-Leistungsempfängern an einem ausreichenden Leistungsbezug zur Abdeckung eines soziokulturellen Minimums.<sup>6</sup>

*Räumliche Konzentration von Arbeitslosen löst häufig Segregationsprozesse aus*

Arbeitslosigkeit prägt neben dem persönlichen und familiären Umfeld auch die soziale Situation eines Wohnquartiers. Transfereinkommensbezieher und einkommensarme Bevölkerungsschichten sind auf Wohnungen mit niedrigem Mietniveau angewiesen und konzentrieren sich stark in einfachen Wohnlagen und Stadtvierteln mit hohen Anteilen an geförderten Wohnungen. Die nicht freiwillige Wahl gewisser Wohnorte in Abhängigkeit vom Einkommen kann zu ungewünschten innerstädtischen Segregationsprozessen führen.

*Zusammenhang zwischen Wahlbeteiligung und Arbeitslosigkeit durch neue Studien belegt: „Soziale Spaltung führt zur demokratischen Spaltung“*

Die soziale Situation eines Stadtviertels bestimmt die Höhe der Wahlbeteiligung. Je prekärer die Lebenslage, das heißt je geringer Bildungsstand und Einkommen sind, desto niedriger ist auch die Wahlbeteiligung. Je größer der Anteil der sozial besser gestellten Milieus, desto mehr Menschen gehen wählen. Dieser Zusammenhang wurde erneut in Studien der Bertelsmannstiftung für die Bundestagswahl und Europawahl 2014 festgestellt.<sup>7</sup> Lange Zeit wurde der Rückgang der Wahlbeteiligung, 70,8 Prozent bei der Bundestagswahl 2009 und 71,5 Prozent 2013 waren die niedrigsten Werte seit 1949, mit der bewussten Willensentscheidung zur Stimmenthaltung politisch enttäuschter Staatsbürger erklärt. Die strukturelle Dimension der Wahlbeteiligung zeigt aber, dass sich die Schar der Wahlverweigerer keineswegs gleichmäßig über die Republik verteilt, sondern sich zunehmend in bestimmten Schichten und Gruppen konzentriert. Ganze Bevölkerungsteile nehmen ihre politische Teilhabe nicht mehr wahr und sind damit auch nicht mehr bei der Aufstellung der Parlamente vertreten. Soziale Spaltung führt zur demokratischen Spaltung, so das Ergebnis der Studien.<sup>8</sup>

*Entscheidung für den Wahlgang abhängig vom sozialen Umfeld und Freundeskreis*

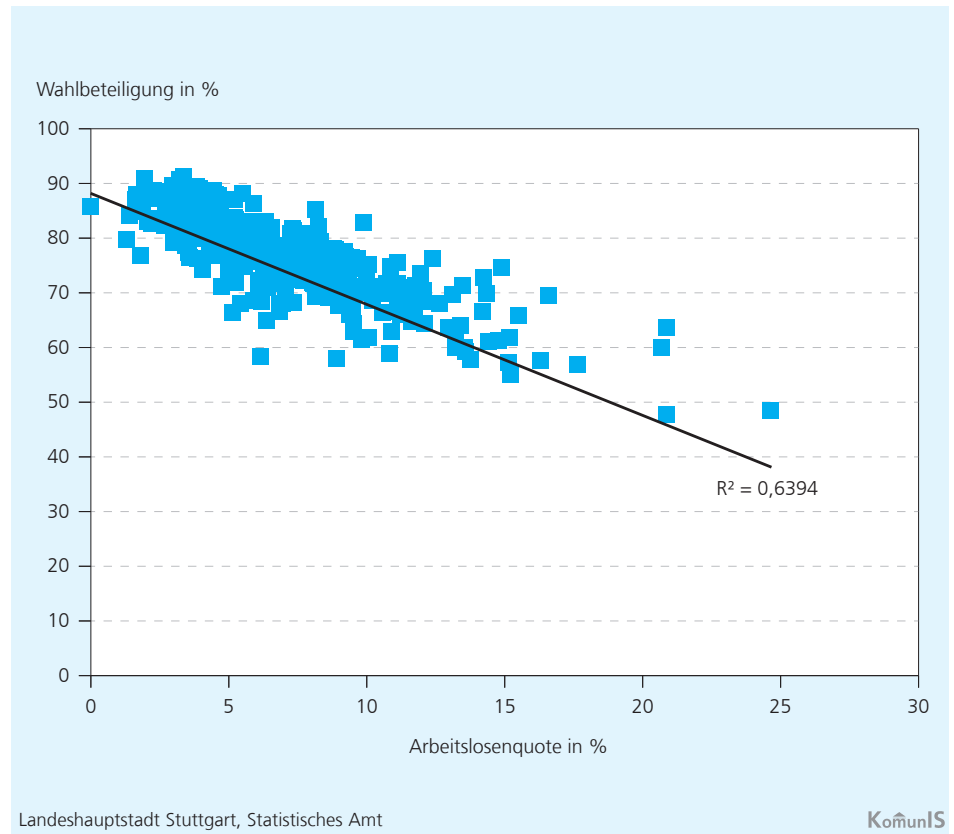
Der Unterschied in der Wahlbeteiligung zwischen den sozialen Schichten hat spätestens seit Ende der 1990er-Jahre deutlich zugenommen. Die Entscheidung zur Wahl zu gehen oder nicht, hängt zu einem großen Teil vom sozialen Umfeld, vom Freundeskreis und von der Intensität der Diskussionen über Politik ab, die dort geführt werden. Der Gang zur Wahl als soziale Norm war ein Forschungsaspekt der Bertelsmannstiftung im Vorfeld der Bundestagswahl 2013. Danach geht ein hinsichtlich verschiedener Merkmale durchschnittlicher Wahlberechtigter mit einer Wahrscheinlichkeit von 77 Prozent „bestimmt zur Bundestagswahl“, wenn er annimmt, dass auch in seinem Freundeskreis die meisten an der Wahl teilnehmen. Diese Wahrscheinlichkeit sinkt jedoch auf lediglich 19 Prozent, wenn ein Wahlberechtigter davon ausgeht, dass auch in seinem Freundeskreis die meisten ihr Stimmrecht nicht nutzen.<sup>9</sup>

### Die Wahlbeteiligung in Abhängigkeit von der Arbeitslosenquote bei der Bundestagswahl 2013 in Stuttgart

*Auch in Stuttgart war eine sozial gespaltene Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013 beobachtbar*

Eine sozial gespaltene Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013 war auch in Stuttgart zu beobachten. Die Wahlbeteiligung lag mit 76,7 Prozent 4,3 Prozentpunkte niedriger als 2002. Das Streudiagramm in Abbildung 1 zeigt eine außerordentlich starke Abhängigkeit der Wahlbeteiligung von der Höhe der Arbeitslosenquote, was grafisch dadurch deutlich wird, dass sich die Punktwolke eng an die Trendlinie anlehnt. 62 Prozent der Varianz in der Wahlbeteiligung zwischen den Wahlbezirken lassen sich allein aus der Arbeitslosenquote erklären. Ausgehend von einer Wahlbeteiligung von 89 Prozent, die in einem Wahlbezirk mit einer Arbeitslosenquote von null Prozent rechnerisch bei der Bundestagswahl 2009 zu erwarten gewesen wäre, gilt folgende Schätzung: Steigt die Arbeitslosenquote in einem Wahlbezirk um einen Prozentpunkt, so sinkt die Wahlbeteiligung um 2,1 Prozentpunkte. In einem Wahlbezirk mit einer Arbeitslosenquote von zehn Prozent würde sich somit nur noch eine Wahlbeteiligung von 68 Prozent ergeben.<sup>10</sup>

Abbildung 1: Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013 in Stuttgart in Abhängigkeit von der Arbeitslosenquote



234

Korrelationskoeffizient bestätigt starken Zusammenhang zwischen Wahlbeteiligung und Arbeitslosigkeit

Der Korrelationskoeffizient beträgt 0,78 und weist auf einen sehr starken Zusammenhang zwischen Wahlbeteiligung und Arbeitslosigkeit hin. Der Koeffizient kann zwischen - 1 und + 1 liegen; - 1 bedeutet einen vollständig negativen, + 1 einen vollständig positiven und 0 keinen kausalen Zusammenhang.

Die Wahlbeteiligung in 210 Wahlbezirken mit einer Arbeitslosenquote<sup>11</sup> unter 5,8 Prozent lag im Durchschnitt bei 80,7 Prozent. Wahlbezirke mit einer Arbeitslosenquote unter vier Prozent (115) wiesen eine Wahlbeteiligung von 83 Prozent auf, während in 52 Wahlbezirken mit einer Arbeitslosenquote von über 8,5 Prozent nur noch zwei Drittel der Wahlberechtigten von ihrem Stimmrecht Gebrauch machten.

Differenz der Wahlbeteiligung zwischen den zehn höchsten und niedrigsten Wahlbezirken 27,3 %-Pkte

Das Ausmaß der Unterschiede auf kleinräumiger Ebene ist beachtlich: Vergleicht man die durchschnittliche Wahlbeteiligung in den Wahlbezirken (entspricht in etwa der Stadtviertelebene) mit der jeweils höchsten und niedrigsten Wahlbeteiligung (oberen und unteren Zehntel), unterscheiden sich diese um 27,3 Prozentpunkte. Im Zehntel aller Wahlbezirke mit der höchsten Wahlneigung lag die Wahlbeteiligung bei 88,2 Prozent, im Zehntel mit der niedrigsten beteiligten sich lediglich 60,9 Prozent an der Bundestagswahl.

Wahlbeteiligung unterstreicht das sozio-ökonomisch geprägte Süd-Nord-Gefälle des Stuttgarter Stadtgebietes

Die Kartenbilder zur Arbeitslosenquote und Wahlbeteiligung zeigen eindrucksvoll die räumliche Deckung der Stadträume mit hoher Arbeitslosigkeit und niedriger Wahlbeteiligung in den Tallagen der Innenstadtbezirke Mitte und Ost sowie entlang den Verkehrsadern des Neckartals von Wangen und Untertürkheim im Südwesten über Bad Cannstatt bis nach Zuffenhausen und Stammheim im Norden des Stadtgebietes. Gemeinsam ist diesen im sogenannten „Stuttgarter T“ liegenden Stadtvierteln die überwiegend einfachen Wohnlagen mit teilweise starker Umweltbeeinträchtigung durch gewerbliche Nutzung und Verkehr. Spiegelbildlich dazu liegen die Stadtviertel mit geringem Arbeitslosenanteil und überdurchschnittlich starker Wahlbeteiligung in den Halb- und Höhenlagen, vornehmlich im Süden Stuttgarts.

Karte 1: Arbeitslosenquote 2013 in Stuttgart und Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013

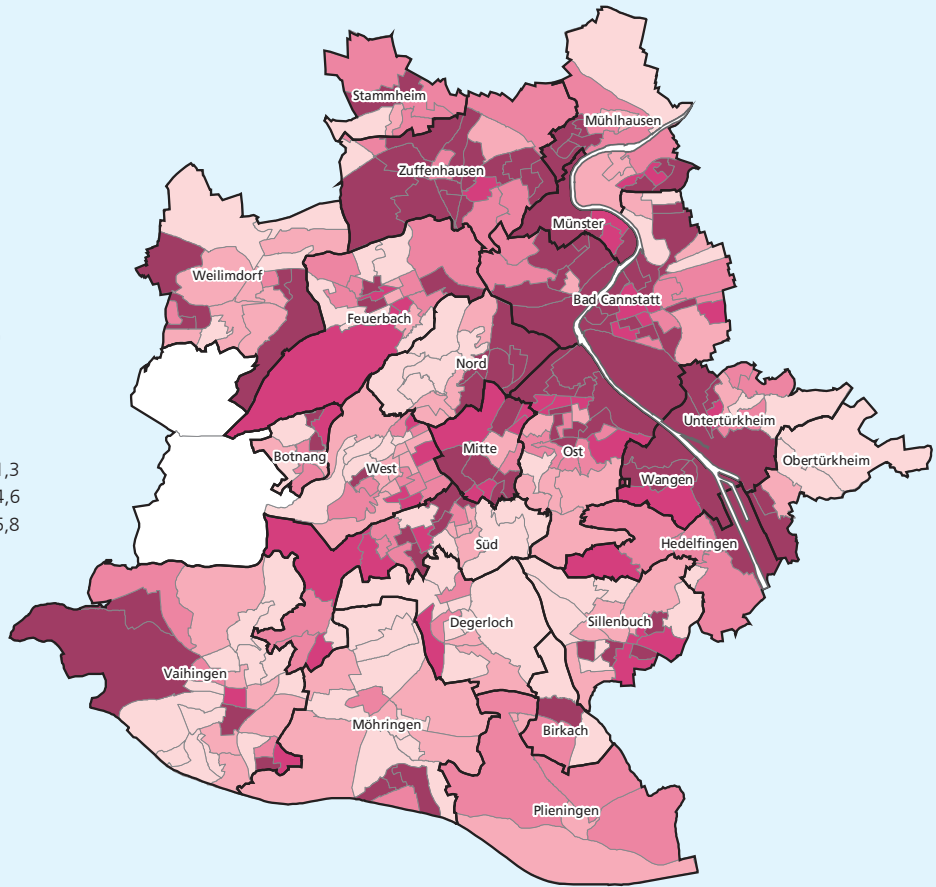
### Arbeitslosenquote 2013

Häufigkeiten	Arbeitslosenquote
73	unter 4,0
67	4,0 bis unter 5,5
67	5,5 bis unter 7,0
40	7,0 bis unter 8,5
102	8,5 und mehr

Minimum 1,3  
 Maximum 24,6  
 Stuttgart insgesamt 5,8

Stand: Juni 2013

— Stadtbezirke  
 — Wahlbezirke

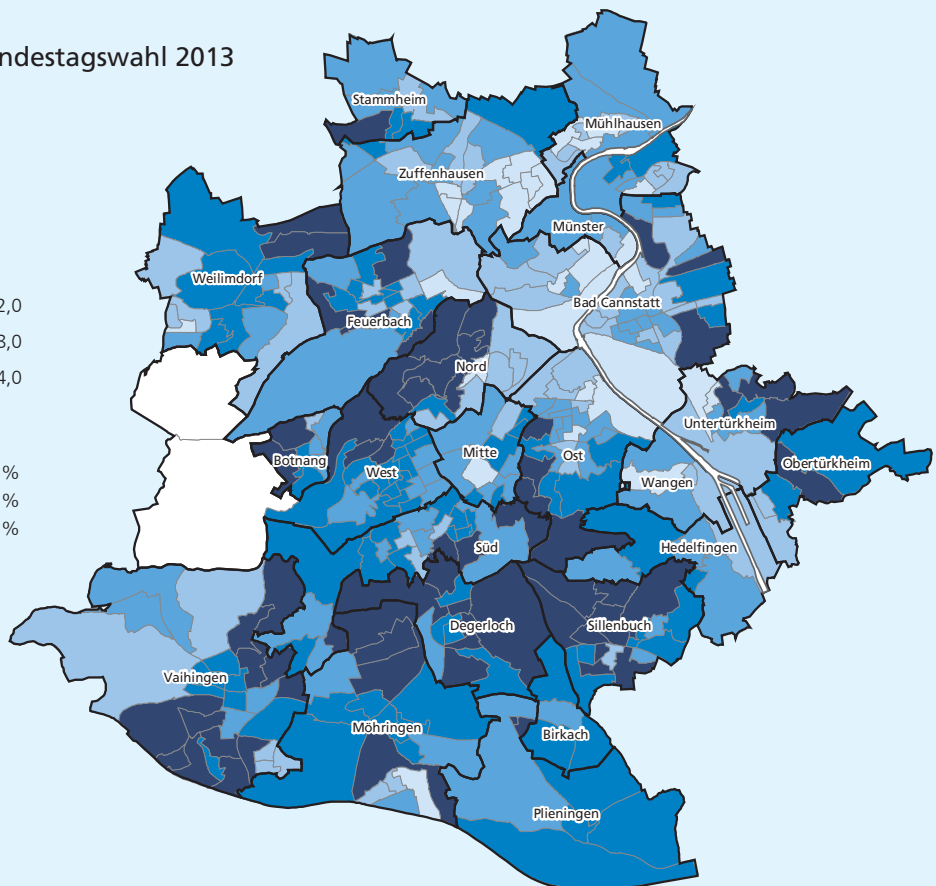


### Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013

Häufigkeiten	Wahlbeteiligung in %
30	unter 66,0
68	66,0 bis unter 72,0
90	72,0 bis unter 78,0
92	78,0 bis unter 84,0
69	84,0 und mehr

Minimum 47,8 %  
 Maximum 91,3 %  
 Stuttgart insgesamt 76,7 %

— Stadtbezirke  
 — Wahlbezirke



Ein Großstadtvergleich bestätigt Stuttgart eine mäßige Einkommens-segregation

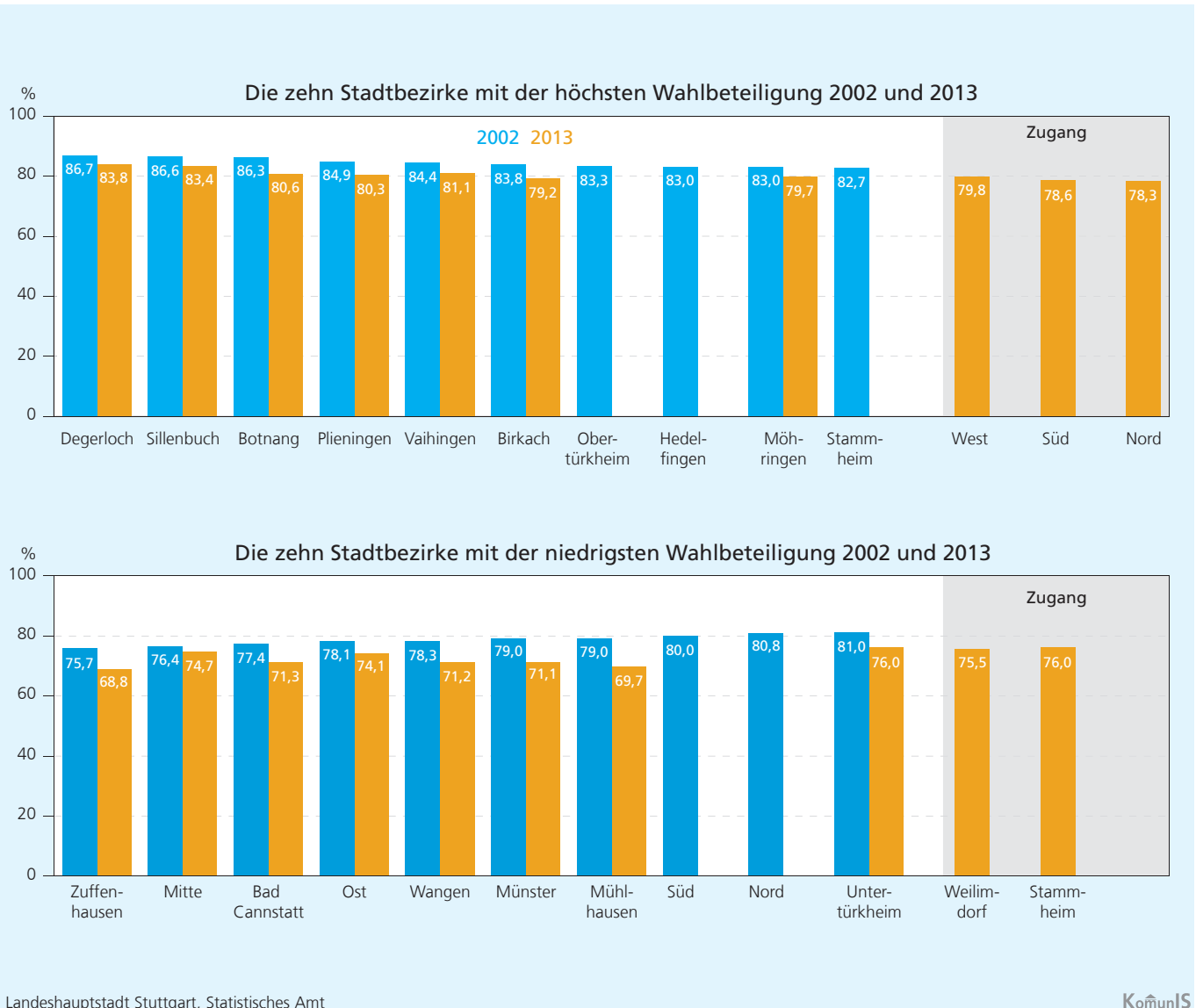
Das sozialräumliche Muster des Stadtgebietes wird durch das typische Hang-Tal- und Süd-Nord-Gefälle geprägt. Eine vergleichende Segregationsanalyse des IAB 2014 in sieben deutschen Großstädten bescheinigt Stuttgart immerhin eine relativ überschaubare Einkommenssegregation. Neben den am stärksten segregierten Großstädten Berlin (großflächige Konzentration), Hamburg und Frankfurt (kleinräumigere Konzentrationen) ist hier sowie in München und Essen die räumliche Trennung von Menschen mit unterschiedlich hohem Einkommen am wenigsten stark ausgeprägt und oft nur auf einzelne Straßenzüge begrenzt.<sup>12</sup>

Fortschreitender Prozess sozial gespalte-ner Wahlbeteiligung beobachtbar

Der Prozess einer sozial gespaltenen Wahlbeteiligung in Wähler- und Nichtwählerhochburgen schreitet aber auch in Stuttgart weiter fort (vgl. Abbildung 2). Die Wahlbeteiligung in den zehn Stadtbezirken mit höchstem Wähleranteil 2013 ging gegenüber der Bundestagswahl 2002 um 5,9 Prozentpunkte zurück, in den zehn Bezirken mit der niedrigsten Beteiligung um 7,7 Prozentpunkte. Auffallend ist der Abstieg von Stuttgart-Stammheim aus der Gruppe der Bezirke mit der höchsten Wahlbeteiligung und Weilimdorf aus dem Mittelfeld in die niedrigste Gruppe. Im Gegenzug sind die Innenstadtbezirke Süd und Nord mit einem deutlichen Zuwachs junger, urbaner Bevölkerung mit guten Bildungsabschlüssen aus der Gruppe mit der niedrigsten in die Gruppe mit der höchsten Wahlbeteiligung aufgestiegen.

Abbildung 2: Die Wahlbeteiligung in den zehn höchsten und zehn niedrigsten Wahlbezirken bei der Bundestagswahl 2002 und 2013 in Stuttgart

236



*In acht Stadtbezirken des unteren Zehntels verfestigt sich der Trend zur niedrigsten Wahlbeteiligung*

Die Arbeitslosenquoten in den zehn Stadtbezirken mit der niedrigsten Wahlbeteiligung liegen mit Ausnahme von Stammheim und Weilimdorf deutlich über dem Durchschnitt. Die relative Wahlabstinz der Bevölkerung in Stammheim und Weilimdorf muss allerdings andere Ursachen als eine hohe Arbeitslosigkeit haben, die in beiden Bezirken unter dem Durchschnitt bei nur 5,1 Prozent liegt. In den übrigen acht Bezirken besteht für die Menschen mit Arbeitslosigkeitserfahrung die Gefahr einer sozialen Selektivität. „Wenn ‚die da unten‘ nicht mehr wählen gehen, so liegt der wesentliche Grund darin, dass sie sich von ‚denen da oben‘ nicht mehr vertreten und zunehmend auch aus der Gesellschaft ausgegrenzt fühlen.“<sup>13</sup>

Im Rückzug und in der Resignation dieses Teils der Bevölkerung ist ein Trend in Richtung politischer Apathie und Anomie erkennbar, der für die Zukunft der parlamentarischen Demokratie und der Gesellschaft insgesamt eine bedenkliche Entwicklung in Richtung Parallelgesellschaft bedeuten kann. Die komplexe Wechselwirkung zwischen sozialer Ungleichheit und der Zuschreibung von Ungleichwertigkeit verdichtet sich in Zeiten sozialer Umbrüche. Die Tendenz zur Aufteilung der Gesellschaft in „Dazugehörige“ und „Nicht-Dazugehörige“, in ökonomisch „Nützliche“ und „nicht Nützliche“ kann sich auch in einer so wirtschaftsstarken Region wie Stuttgart verstärken. Für den Politikwissenschaftler Thorsten Faas ist daher die Kenntnis und die Berücksichtigung der Motive der Nichtwählenden entscheidend: „Kein Interesse“ an dem grundsätzlich egalitären Instrument der Wahl zu haben wäre ein normativ akzeptabler Grund, „keine Chance“ zu haben dagegen nicht.<sup>14</sup>

*Autorin:*  
*Inge Heilweck-Backes*  
*Telefon: (0711) 216-98568*  
*E-Mail: [inge.heilweck-backes@stuttgart.de](mailto:inge.heilweck-backes@stuttgart.de)*

- 1 Vgl. Jahoda, Marie; Lazarsfeld, Paul; Zeisel, Hans: Die Arbeitslosen von Marienthal. Frankfurt/Main 1975 (erstmalig 1933).
- 2 [http://de.wikipedia.org/wiki/Die\\_Arbeitslosen\\_von\\_Marienthal](http://de.wikipedia.org/wiki/Die_Arbeitslosen_von_Marienthal) (zuletzt aufgerufen am 13.8.2014).
- 3 Vgl. auch: Faas, Thorsten: Arbeitslosigkeit und Wählerverhalten. Direkte und indirekte Wirkungen auf Wahlbeteiligung und Parteipräferenz in Ost- und Westdeutschland. Baden-Baden 2010. 510 S.
- 4 Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt 2013, bezogen auf abhängige zivile Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte und Arbeitslose): Deutschland 7,7 Prozent, Stuttgart 6,5 Prozent.
- 5 Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung: Qualifikationsspezifische Arbeitslosenquoten 2012. Die Daten stammen aus dem Mikrozensus 2012. [http://doku.iab.de/arbeitsmarktdaten/qualo\\_2012.pdf](http://doku.iab.de/arbeitsmarktdaten/qualo_2012.pdf).
- 6 Vgl. IAB-Discussion Paper 9/2014. Konsummuster und Konsumarmut von SGB-II-Leistungsempfängern. Eine Untersuchung auf Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. S. 37.
- 7 Schäfer, Armin; Vehrkamp, Robert; Gagné, Jérémie: Prekäre Wahlen. Milieus und soziale Selektivität der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013. Bertelsmannstiftung, Gütersloh 2013.  
Gagné Jérémie: Europawahl 2014 – warum die sozial gesplante Wahlbeteiligung Europa schadet. ENTWURF Zukunft der Demokratie 1/2014. Bertelsmannstiftung, Gütersloh 2014.
- 8 Politische Partizipation: Gesplante Demokratie. <http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/bst/hs.xsl/118486.htm>
- 9 Petersen, Thomas; Hierlemann, Dominik; Vehrkamp, Robert; Wrtil, Christopher: Gesplante Demokratie. Politische Partizipation und Demokratiezufriedenheit vor der Bundestagswahl 2013. Gütersloh 2013. S. 13.
- 10 Regressionsrechnung durchgeführt von Ulrich Stein, Statistisches Amt der Landeshauptstadt Stuttgart.
- 11 In dieser Untersuchung wird die Arbeitslosenquote aus dem sozialversicherungspflichtigen Teil der Erwerbspersonen errechnet.
- 12 Vgl. IAB-Kurzbericht 12/2014. Eine räumliche Analyse für Deutschland. Wie sich Menschen mit niedrigen Löhnen in Großstädten verteilen. S. 8.
- 13 Hartmann, Michael: Deutsche Eliten: Die wahre Parallelgesellschaft? In: APuZ, 64. Jg., 15/2014, S. 8.
- 14 Faas, Thorsten: Arbeitslosigkeit und Wählerverhalten. Direkte und indirekte Wirkungen auf Wahlbeteiligung und Parteipräferenz in Ost- und Westdeutschland. Baden-Baden 2010. S. 62.